

Gastkommentar: Bildung - nicht Türschilder, sondern Ziele sind wichtig

02.08.2010 | 16:38 | Herwig Hösele (Wirtschaftsblatt)

Bildungspolitiker sollten den Sommer nützen, altersschwach und brüchig gewordene ideologische Schützengräben verlassen und nach Ferienende tragfähige Brücken in die Zukunft zu bauen.

Die Semesterferien sollen für alle Beteiligten – insbesondere Lehrende, Forschende, Lernende und Studierende – zum Durchatmen, Erholen, Nachdenken und Kraft- und Ideentanken dienen. Dies gilt in höchstem Maße auch für Bildungspolitiker. Sie sollten den Sommer nützen, altersschwach und brüchig gewordene ideologische Schützengräben zu verlassen und nach Ferienende tragfähige Brücken über sie in die Zukunft zu bauen.

Veränderte Realitäten.

Das rituelle Beschwören des kostenfreien Studiums für jeden als Inbegriff vermeintlicher Chancengleichheit gehört genauso zu diesen Anachronismen wie das Verteufeln von Ganztags- und Gesamtschulen als Eintopfschule und Verstaatlichung der Kinder. Die gesellschaftlichen Realitäten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend geändert.

War der freie Hochschulzugang in den 1970er-Jahren ein Signal des bildungspolitischen Aufbruchs, sind es heute Massenuniversitäten, miserable Studienbedingungen, chronische Unterfinanzierung und hohe Dropout-Raten, die vielen jungen Menschen wertvolle Jahre rauben und enorme volkswirtschaftliche Verluste bringen. Laut Hochschulbericht 1978 rechnete man für Ende der 90er-Jahre mit etwa 10.000 Erstinskribenten. Tatsächlich haben wir heute annähernd 50.000 Studienanfänger pro Jahr. Und mit der Abschaffung der Studiengebühren schnellten die Inskribentenzahlen nochmals auf über 270.000 empor. Aber das Ziel der Chancengleichheit – die Chancengerechtigkeit sein sollte – wurde nicht erreicht, außer, dass heute weibliche Studierende, die damals noch in den meisten Fächern eine fast exotisch anmutende Minderheit stellten, deutlich in der Mehrheit sind. Die soziale Schichtung der Akademikerfamilien blieb zementiert: Akademiker reproduzieren Akademiker, Hilfsarbeiter Hilfsarbeiter.

Der Effekt ist das Gegenteil gut gemeinter irreführender sozialistischer Ideologie: Sozial schwächere Gruppen, also die „Armen“, finanzieren mit ihren Steuermitteln die teuren Studien der „Reichen“.

Ganztägige Förderung.

Wer hier wirklich Chancengerechtigkeit herstellen will, muss wesentlich früher ansetzen. Das beginnt in der vorschulischen Erziehung und reicht bis zur Schule der Sechs- bis 14-Jährigen. Intensive Sprachförderung, differenzierte Förderung der Begabungen, Leistungsfähigkeit und ganztägige Kindergarten- und Schulangebote und gemeinsame pädagogische Grundausbildung sind vonnöten. Die Familienstrukturen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten radikal geändert, die Erwerbsquote der Frauen ist markant angestiegen – und wird und soll es auch weiter tun.

Keine Bildungssackgasse.

Bei der Schulreform kommt es weniger auf Türschilder – also, ob die Schule Gesamt- oder neue Mittelschule heißt – an, als auf die Erreichung der genannten Ziele. Die Hauptschule ist im ländlichen Raum meist schon mangels Gymnasialunterstufen eine gute integrierte Gesamtschule, die alle Bildungswege öffnet, während sie in Ballungszentren zur „Restschule“ verkommen ist, die in der Bildungssackgasse mündet.

Es muss bewusst sein, dass „das Gymnasium“ in der Vorstellung breiter Kreise einen guten Ruf hat. Das mussten auch Hamburger Bildungsreformer erkennen, als die Bevölkerung in einer Volksabstimmung den von allen Parteien vertretenen Plänen, das Gymnasium zugunsten einer gemeinsamen Schule für Sechs- bis 12-Jährige auf sechs Jahre zu verkürzen, eine klare Absage erteilte. Die Formulierung von Ministerin Beatrix Karl („Gymnasium für alle“) war daher klug gewählt.

Eine Schulreform, die mehr jungen Menschen aus allen Milieus Chancen und Qualifikation bietet, ist genauso geboten wie geordnete Zugangsregeln für Universitäten und wesentlich verbesserte Studienbedingungen samt Studiengebühren und weiter ausgebautem Stipendiensystem.

Die Worte von Heinz Fischer anlässlich seiner Wiederangelobung als Bundespräsident müssten beiden Regierungsparteien helfen, die notwendige Neuorientierung vorzunehmen: Absoluter finanzieller Vorrang für Bildung, Wissenschaft und Forschung, ein chancengerechtes Schulsystem und ein geregelter Uni-Zugang.

Die Regierungsparteien sollten über ihre ideologischen Schatten springen, sich aber bei der Budgeterstellung an Deutschland ein Beispiel nehmen: Dort werden 80 Milliarden € eingespart, aber 12 Milliarden mehr für Bildung und Unis investiert. Wenn die Priorität dafür in Österreich nicht nur ein Lippenbekenntnis sein soll, darf es hier nicht – wie bisher beabsichtigt – zu Kürzungen kommen.

** Herwig Hösele ist Sprecher der Initiative www.mehrforschung.at und ehemaliger Präsident des Bundesrates (ÖVP)*

© Wirtschaftsblatt.at